

Aus dem Mitgliederkreise über Verbandstagsfragen.

Allgemeiner Ueberblick. Da nun sich alles in unserer Gewerkschaft zum Verbandstag rüstet und vorbereitet, möchte auch ich nicht unterlassen, durch diesen Artikel meine Meinung zum besten zu geben, und ersuche die Kollegen, daraus ihre Schlüsse zu ziehen, sich eventuell dem anschließen, wenn sie zum Verbandstag reisen oder vorher Anträge zu ihm stellen. Meine Anschauungen sind folgende: Wenn Kollegen zusammenkommen aus solch wichtiger Veranlassung, wie es der Verbandstag ist, so ist zu hoffen, daß sie ihre ganze Kraft dafür einsetzen, den Verband hochzubringen als Kampforganisation, denn die Zeiten, wo die Lohnfragen auf friedlichem Wege geregelt werden konnten, sind bald historisch zu nennen. Das Kapital ist durch den Krieg und nach der Kriegszeit stärker geworden, besser organisiert und kampfbereiter als wie zuvor. Darum müssen wir uns in erster Linie damit befassen, unser Verbandsvermögen zu vergrößern und müssen sämtliche Kollegen je nach Verdienst zur Beitragsleistung herangezogen werden; es geht nicht an, daß verschiedene Zahlstellen beschließen, die 5., 6., 7. und 8. Beitragsklasse zu führen, denn das entspricht nicht dem Verdienst, und läßt unsere Organisation nicht hochkommen. Weiter muß jede Instanz, die uns hindernd im Wege steht, beseitigt werden, wie zum Beispiel die neue Schlichtungsordnung. Besonders muß das Verfahren abgeändert und der § 21 ausrangiert werden. Uns muß zu jeder Zeit die Streitwaffe zur Verfügung stehen. Bei Feuerungszulageforderungen muß mehr einheitlich gearbeitet werden, damit der eine Bezirk auf den anderen nicht als Lohnrücker wirkt, wie es jetzt in vielen Fällen vorkommt. Die Unternehmer zeigen bei Verhandlungen ständig auf jene Bezirke hin, wo die niedrigsten Löhne sind. Die dreitägige Karenzzeit ist zu beseitigen, und die Unterstützung vom ersten Tage an zu gewähren, damit wird viel Streit und Ärger vermieden. Es darf nicht maßgebend sein, wie auf dem vorigen Verbandstag, daß die ungünstigen Klassenverhältnisse die Karenzzeit nicht beseitigen konnten. Die Klassenverhältnisse sind dann anders zu gestalten. Was die Tarifangelegenheiten angeht, so möchte ich die Kollegen ersuchen, einheitlich darauf hinzuwirken, daß die Akkordpreise erhöht werden, denn wie es jetzt steht, bedeutet Akkord direkt Raubbau mit der Arbeitskraft, außerdem werden wir niemals mit niedrigen Akkordpreisen das Akkordsystem abschaffen können, denn wenn der Unternehmer sieht, daß ihn das Herstellen der Ware im Akkord gerade so teuer wie im Stundenlohn zu stehen kommt, so wird ihm das Stundenlohnsystem, wodurch er den Betrieb auch noch besser ausnutzen kann, weniger unympathisch erscheinen. Die Abschaffung des Akkordsystems ist mit aller Macht anzustreben. Zur Frage Beitragsregelung und Statutenänderungen mache ich den Vorschlag: „Der Zentralvorstand nebst Ausschuss haben darauf zu achten, daß die Gewerkschaft ständig kampfbereit und aktionsfähig dasteht, daher steht ihnen die Befugnis zu, jederzeit, wenn es die Verhältnisse fordern, die Beitragsleistung je nach Entwertung des Geldes umzugeistalten“. Auf diese Art kann es nicht vorkommen, daß eine Beitragsregelung, wie kürzlich so lange auf sich warten läßt. Außerdem scheidet bei dieser Maßnahme der Bremsknippel aus, der bisher von seiten der Zentrale oft hingehalten wurde, sobald eine Lohnbewegung ernsthaftige Formen anzunehmen drohte. Die Zentrale soll nicht als Bremsapparat dienen, sondern fördernd wirken, indem sie darauf hinarbeitet, die Löhne so hoch zu bringen, wie irgendmöglich, soll es sich zum Prinzip machen, die Forderungen, wenn diese gerecht sind, prompt durchzuführen, natürlich wenn Aussichten vorhanden sind. Weiter sind Streikbeitragsmarken einzuführen, wenn es sich bei größeren Streiks notwendig macht, den streikenden Kollegen Extrainterrichtungen zukommen zu lassen, oder sie zur Aufrechterhaltung des Verbandsvermögens, ein jedes Mitglied zur Extrabeitragsleistung herangezogen werden kann. Zum geplanten Bauernwerkbund hätte ich weiter nichts zu sagen, als daß es von großem Nutzen ist, wenn diese Verschmelzung zustandekommt, denn wir müssen uns doch darüber im Klaren sein, daß mit einer großen und finanziell starken Gewerkschaft ein ganz anderer Druck auf die Unternehmer ausgeübt werden kann, als wie mit einer den Zeitverhältnissen nach kleinen, wie dies die unfrierte ist. Natürlich muß bei der Verschmelzung so hantiert werden, daß wir mit unserem Beruf nicht das fünfte Rad am Wagen bilden. Meine Ansicht ist, die Gewerkschaften müssen als besondere Ressorts bestehen bleiben, damit jeder Beruf sachverständige Vertreter hat. Der leitende Hauptfaktor des Zusammenflusses ist die Verschmelzung der finanziellen Mittel. Wie die Aussprachen auf den bisherigen Konferenzen und sonstigen Zusammenkünften ausgefallen sind, so läßt es noch keine einheitliche Meinung aufkommen. Ich stehe aber

trotzdem auf dem Standpunkt, daß immer weiter darauf hingearbeitet werden muß, eine Verschmelzung zu bewerkstelligen. Zur Aufbringung der Kosten des Verbandstages mache ich den Vorschlag: Es muß ein jedes Mitglied zum Zwecke der Deckung der Kosten einen Sonderbeitragsmarken entnehmen. Ich glaube, auf diese Weise werden die Kosten, die ein tüchtiges Loch in unserem Kassenbestand hinterlassen, am besten gedeckt. Eine solche Kostendeckung wird vielleicht bei vielen Kollegen auf Widerstand stoßen, aber ich glaube, die Mehrheit würde doch dafür sein, denn es handelt sich doch um nichts geringeres, als um Schonung unseres nicht allzu starken Kampffonds. Darum Kollegen, opfert alle freudig einen Sonderbeitrag. Ich glaube somit das Geschriebene zu haben, was ich zum Verbandstag zu äußern hätte und ersuche die Kollegen, das zu beherzigen.

Ramenz i. Sachsen. Albert Miffelsen.

Ist der Anschluß an den Bauernwerkbund notwendig? Der Kollege Karl Reinecke, Waageburg, hält sich in Nr. 5 des „Steinarbeiters“ in einem längeren Artikel über den Anschluß an den Bauernwerkbund auf. Ueber eine solche Angelegenheit halte ich aber weitere Erwähnungen nicht für notwendig, kann aber konstatieren, daß die Worte des Kollegen R. bestätigt werden müssen. Es wäre ganz unjüdisch, daß ein Berufsverband wie unserer sich ohne weiteres dem Bauernwerkbund anschließen würde, der unserm Beruf und der Sache gar nicht entspricht. Es könnte vielleicht möglich sein, daß wir in der Woche um 3-4 Mark mehr Beitrag zahlen müßten, wie Kollege R. ausführt, aber die Lohnverhältnisse wären ganz sicher die bisherigen. Die Unternehmer der Steinindustrie sind übrigens das Sträuben bei Lohnforderungen gewöhnt, und es ist dann auch ganz selbstverständlich, daß wir nach dem Anschluß an den Bauernwerkbund nicht mehr herauskriechen können, wie es bisher der Fall war. Unsere tüchtigen Verbandsfunktionäre haben bisher viel geleistet, und werden auch in Zukunft die gestärkte Kampfkraft zeigen. Der Steinarbeiterverband hat in den letzten Jahren sich gut entwickelt. Warum soll er nun von der Bildfläche verschwinden? Ich glaube kaum, daß dieses zum Nutzen der Steinarbeiter beitragen würde! Also Kollegen handelt klug auf dem 9. Verbandstag und wahrt unsere Verbandsautorität. Dann wird unsere Organisation noch mehr beitragen zum Schutze des proletarischen Wirtschaftslebens.

Litlling. Albert Schaffner.

Zum 9. Verbandstag. Es rückt die Zeit näher, wo der Verbandsvorstand auf der Armenfürsorgebank erscheinen muß, und über die geleistete Arbeit, und über die auf dem letzten Verbandstage in Würzburg gegebenen Versprechen Rechenschaft abzulegen. Es berührt mich eigentlich unangenehm, ohne den Geschäftsbericht der letzten zwei Jahre verfolgt zu haben, mich zu dem Verbandsvorstand in der „Opposition“ zu befinden, und zwar in der Tatsache, daß derselbe die gegebenen Versprechen nicht gehalten hat.

Es sind schon verschiedene Anregungen zum Verbandstag im „Steinarbeiter“ erörtert worden, aber nur der Kollege Harz-Weimar ist auf dieses Thema eingegangen. Meine Kritik soll den angenommenen Anträgen der Sandsteingehilfen auf dem Würzburger Verbandstage sein.

Es wurden von diversen Zahlstellen der Antrag auf die siebenstündige Arbeitszeit gestellt. Desgleichen auf Abschaffung der Akkordarbeit, und daß Berufskrankheiten in das Unfallgesetz aufgenommen werden sollen. Es erübrigt sich wohl, hier über diese Anträge weitere Erörterungen zu machen, denn jeder Sandsteiner wird es zur Genüge an seiner eigenen Gesundheit erfahren, wie äußerst notwendig gerade für uns diese Anträge waren. Unser vorstehender Verbandsvorstand der Sandsteingehilfen hat sich denn auch in großzügiger Weise über unsere Anträge ausgesprochen. Laut Verbandstag-Protokoll Seite 70 wurde von ihm erklärt, daß im neuen Reichstage den beiden sozialistischen Parteien Anträge zugehen werden. Im Oktober 1920 habe ich mich dann an eine Fraktion gewandt, um Auskunft einzufordern, ob dieses Versprechen ausgeführt worden ist. Ich bekam eine Abfugung. Darauf habe ich an den Redakteur einen kleinen Artikel geschickt, der natürlich dem „großen“ Koll. Siebold und dem noch „größeren“ Kollegen Walther nicht zusagte, und derselbe wurde dann auch nicht veröffentlicht. Auf meine Beschwerde bei der Preßkommission wurde mir auch eine Abfuge zugeschied. Dieses läßt sich aber leicht erklären, denn auf der Sternwarte in Leipzig denkt man eben anders wie die Kollegen in den Zahlstellen. Ueber die Nichtausführung dieser Anträge kann man geteilter Meinung sein, einmal, daß dieselben durch den Wechsel im Vorstand und durch die enorme Arbeit in Vergessenheit geraten sind, oder, wenn man den Standpunkt annimmt, „nur Arbeit kann uns retten“, daß der Vorstand es gar nicht ernst gemeint hat mit

der Zustimmung. Hier muß unbedingt mehr geleistet werden, zumal, wenn man in einer Statistik liest, daß von mindestens 8000 Steinmetzen 86 die siebenstündige Arbeitszeit haben.

In Würzburg wurde der geplante Bauernwerkbund von verschiedenen Rednern behandelt, desgleichen auch auf einer Bezirksversammlung. Der Kollege Siebold hat mit einem gewissen Recht die Schattenseiten dieses Bundes für unsere Gewerkschaft zum Ausdruck gebracht. Ich glaube, es wird jedem recht denkenden Kollegen einleuchten, kommen wir als kleine Gruppe von Steinarbeitern zum Spektakel nicht erleben, wie es dann mit unsern Lohnbewegungen aussieht. Ich erinnere nur daran, daß jeder Maurer und jeder Zimmerer mit schelen Augen auf den Steinmetzen sieht, weil derselbe im Stundenlohn etwas höher steht wie jene.

Nun soll aber nicht gesagt sein, daß ich mich diesem Projekt direkt ablehnend gegenüber verhalte: „Nein“. Und das aus folgenden Gründen: Die Kollegen auf dem Lande und in den Kleinbewegungen allein zu führen und ihre Organisation zu festigen. Da ist es mir so oft als gewesener Gauleiter durch den Kopf gegangen, wie schön wäre es, wenn an allen Orten so schnell wie möglich ein Beamter erscheinen könnte, denn in dieser ungeunden Zeit kann nicht ein Mann 70 Zahlstellen bearbeiten. Es liegt ja schon in der Natur der Sache, unser Verband hat heute ziemlich 50 000 Mitglieder, durch die vielen Neuaufnahmen zeigt sich, daß die Mitglieder immer eine gewerkschaftliche Schulung beibringen werden muß, und auch einmal in der Lage zu sein, allein gewisse Sachen zu erledigen. Dieses können aber heute unsere Gauleiter doch nicht, und darum wäre es angebracht, dieser Frage etwas näher zu treten; eventuell auf dem Verbandstag zu beschließen, eine Urabstimmung vorzunehmen.

Nun noch ein paar Worte zur Schreibweise des Koll. Siebold im „Steinarbeiter“. Auf dem letzten Verbandstag sind diverse Anträge über die Schreibweise und die Behandlung der Einsender angenommen, auch wenn dieselben nicht der Ansicht des Redakteurs sind. Der Kollege Siebold hat darin einen Zurückzieher gemacht, indem er erklärte, sich darin ändern zu wollen. Ich kann hierin, glaube ich, mit vielen andern Kollegen sagen, daß dieses nicht eingetroffen ist, sondern das Gegenteil. Anlaß zum Schreiben dieser Zeilen gibt mir der Steuerartikel in Nr. 26 des Jahres 1920. Der Artikel hätte mindestens durchblicken lassen müssen, daß die Höhe des 10prozentigen Steuerabzuges für die arbeitende Bevölkerung sich gegenüber der Kaufleute, Bankeinstellen und Schiebern viel zu hoch sei. In Nr. 10, Jahrgang 1921, hatte ich einen Artikel über die Löhne im Ausland geschrieben. Bei genauer Durchsicht hätte der Kollege Siebold meine Absicht erraten müssen, aber er konnte sich nicht verkneifen, einen Anhang zuzufügen, der meine Person als damaliger Gauleiter bei den Unternehmern ins schlechte Licht setzte, das zeigte dann auch gleich eine Verhandlung des Kasseler Bezirkes am 23. Mai, wo ich als Organisationsvertreter von den Unternehmern abgelehnt wurde.

Ich will mich für heute hiermit begnügen, um nicht den Anschein zu erwecken, daß es sich um politische Gegenstände handelt. Vor allen Dingen wollen wir gewerkschaftliche Disziplin bewahren. Hoffentlich bringt uns der Leipziger Verbandstag die Zeit etwas näher, wo wir wieder geschlossen in Reich und Glied als Männer sozialistischer Ueberzeugung kämpfen, stehend auf dem Boden des proletarischen Massenkampfes und auf dem Boden proletarischer Treue.

Bremen. Tschöckel.

(Schluß.) Bei unserer Aufforderung zum Meinungsaustausch über die Aufgaben des bevorstehenden Verbandstages haben wir durchaus nicht im Sinne gehabt, im „Steinarbeiter“ nur einen Raum freizugeben für allerhand Scherzreden, denen allzu Persönliches anhaftet, wie zum Beispiel dem vorstehenden Artikel des Kollegen Tschöckel aus Bremen; denn davon profitieren die Kollegen im Lande nichts, aber auch nicht die Beratungen auf dem Verbandstag. Der Raum im „Steinarbeiter“ zur Verbandsstagsdiskussion dient ferner nicht zum Abladen für Schreibübungen. Wenn wir nun trotzdem den Artikel von Tschöckel bringen, so hat es sicherlich seinen bestimmten Grund, nur nicht etwa der, daß wir uns der Folgen einer eventuellen Ablehnung entziehen wollen. Nein, wir wollen damit ein Beispiel bringen und dazu folgendes sagen: Es war bisher nicht üblich, eine Angelegenheit, die von der Preßkommission deshalb zurückgewiesen wurde, weil Kollege Tschöckel bei dieser Angelegenheit von mangelhafter Information zu falscher Schlussfolgerung kam, nochmals aufzuwärmen. Bekanntlich wird eine öfter aufgewärmte Brühe sauer und ungenießbar! Neblich war und ist es noch in unsern Reihen, ehe man ein Urteil über die Arbeitsleistung im Hauptvorstand fällt, die auch interne Seiten

Dritte Konferenz der Leiter sozialer Baubetriebe.

Am 30. Januar fand im Berliner Gewerkschaftshaus die dritte Konferenz der Leiter sozialer Baubetriebe statt, die sich in der Hauptsache mit betriebswirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Fragen zu beschäftigen hatte. Den Bericht über die Bewegung gab der Geschäftsführer des Verbandes sozialer Baubetriebe, Dr. Wagner. Er verwies auf die Veröffentlichungen in der „Sozialen Bauwirtschaft“, aus denen der zahlenmäßige Stand der Bewegung und der große Nutzen ersichtlich ist, den die sozialen Baubetriebe der Allgemeinheit bereits gebracht haben. Zur Zeit bestehen in Deutschland etwa 250 soziale Baubetriebe, von denen etwa 200 dem V. j. B. angeschlossen sind. Das Stammkapital dieser 200 Betriebe beläuft sich auf rund 18 Millionen Mark, die Zahl der beschäftigten Arbeiter auf etwa 20 000, der Umsatz im letzten Geschäftsjahr auf 350 Millionen Mark. Nach einer Feststellung des Verbandes sozialer Baubetriebe haben allein die diesem Verband angeschlossenen Betriebe die Privatunternehmer im letzten Geschäftsjahr bei den erhaltenen Aufträgen um rund 40 Millionen Mark unterboten. Darüber hinaus haben sie überall, wo sie wirkungsvoll in den Wettbewerb mit den Privatunternehmern eintreten konnten, auch die Privatunternehmer zur Herabsetzung ihrer Preise gezwungen. Alles in allem wurden auf diese Weise den öffentlichen Baubeauftragten Hunderte von Millionen erspart.

Nach den Berichten Dr. Wagners und des Verbandsyndikus Astor sind fast alle Betriebe weit über ihre Leistungsfähigkeit hinaus mit Arbeiten versehen. Zur Abwicklung der Aufträge fehlt es vielen Betrieben an Betriebskapital. Besonders seit der letzten großen Teuerungswelle sind die finanziellen Ansprüche an die Betriebe gewaltig gestiegen. Es wurde deshalb den bereits überlasteten Betrieben dringend empfohlen, ohne Erhöhung des Stammkapitals keine neuen Aufträge mehr hereinzunehmen, es sei denn, daß die Bauauftraggeber die Mittel zur Ausführung der neuen Aufträge zur Verfügung stellen. Den Betriebsleitern wurde empfohlen, auf die demokratische Selbstverwaltung der Betriebe und auf ein gutes Verhältnis zwischen Hand- und Kopfarbeitern einschneidendes Gewicht zu legen. Die in den Betrieben beschäftigten Kopf- und Handarbeiter müßten sich für die Betriebe verantwortlich fühlen, nur dann werde man volle Erfolge mit der Sozialisierung haben.

In der Aussprache wurde von einzelnen Betriebsleitern darüber gesagt, daß nicht nur einzelne Arbeiter, sondern auch einzelne Gewerkschaften der Sozialisierung noch nicht das nötige Verständnis entgegenbrachten. Hier sei noch viel Aufklärungsarbeit nötig. Die Kritik, daß sich viele Betriebe mit Arbeiten übernahmen hätten, wurde als berechtigt anerkannt, aber gleichzeitig darauf hingewiesen, daß die Geschäftsführer der Betriebe sowohl von den Arbeitern der Betriebe als auch von den öffentlichen Bauauftraggebern zur Uebernahme neuer Arbeiten gedrängt würden. Die Betriebe seien zur Verbilligung des Bauens gedrängt worden, und die öffentlichen Bauauftraggeber erwarteten von ihnen, daß sie nun auch überall preisregelnd in den Wettbewerb eingriffen. Von der Geschäftsleitung des V. j. B. wurde darauf erwidert, daß öffentliche Organe, die auf einen gesteigerten Wettbewerb der sozialen Baubetriebe Wert legen, sich selbst finanziell an diesen Betrieben beteiligen müßten; sie könnten nicht erwarten, daß sich die Betriebe

durch die Uebernahme von Aufträgen, die über ihre finanzielle Leistungsfähigkeit hinausgehen, in Gefahr brächten.

Beim Punkt Baustofffragen berichtete Dr. Wagner über die Verhandlungen des Verbandes sozialer Baubetriebe mit dem Reichswirtschaftsministerium und den Zementindustriellen zwecks Zementbeschaffung für die sozialen Baubetriebe, ferner über das, was der V. j. B. zur gemeinwirtschaftlichen Regelung der Baustoffbeschaffung bereits getan hat und noch zu tun gedenkt. In einzelnen Gebieten haben der V. j. B. oder seine Unterverbände die Baustoffproduktion bereits selbst in Angriff genommen und dadurch den Beweis erbracht, daß die Baustoffe erheblich billiger auf den Markt zu bringen sind als von den privaten Baustoffindustriellen. In der Aussprache über diesen Punkt wurde lebhaft über den immer größer werdenden Baustoffmangel geklagt und verlangt, daß das Reichswirtschaftsministerium eingreife. Auch über den unsozialen Geist mancher Wohnungsfürsorgegesellschaften und über das völlige Versagen der Bezirkswohnungskommissionen bei der Bekämpfung des Baustoffmangels wurde lebhaft geklagt. Kaum in einem einzigen Falle hätten die Bezirkswohnungskommissionen von ihrem Recht der Beschlagnahme von Baustoffbetrieben oder auch nur der produzierten Baustoffe Gebrauch gemacht. Zur Stabilisierung der Baupreise wurde verlangt, daß die Baustoffzuschüsse zum Teil in Baustoffen zu festen Preisen gegeben werden. Ein entsprechender Antrag wurde einstimmig angenommen. Desgleichen einige weitere Anträge, die sich auf die Rationalisierung der Baustoffwirtschaft und auf andere Maßnahmen zur Verbilligung der Baustoffe beziehen.

Ueber die Kredit- und Kapitalbeschaffung sprach Verbandsyndikus Astor, der den Betriebsleitern eingehende Ratsschläge zur Finanzierung der Betriebe und zur rationellen Verwendung der in den Betrieben vorhandenen Mittel gab. In der Aussprache über diesen Punkt wurde über das mangelnde Verständnis vieler öffentlicher Organe bei der Finanzierung der sozialen Betriebe, sowie über das Fehlen einer Gewerkschaftsbank geklagt, die eine Sammelstelle für soziales Kapital sein könnte. Unter anderem wies der Gast anwesende ehemalige preussische Finanzminister Lüdemann darauf hin, daß infolge Fehlens einer bankmäßigen Organisation des sozialen Kapitals die Arbeiter mit ihren Spargeldern die kapitalistische Privatwirtschaft stärkten. Zur Bekämpfung der heute vielfach noch vorhandenen Verständnisslosigkeit gegenüber der von den Bauarbeitergewerkschaften eingeleiteten Sozialisierungsbewegung sei eine zähe Aufklärungsarbeit nötig. Nach seiner Meinung müßte es bei entsprechender Aufklärung möglich sein, für eine so gesunde und so stark dem Wohle des Volksganzen dienende Bewegung erhebliche Mittel zu bekommen.

Verbandsyndikus Astor entwickelte dann die Grundsätze für die Aufnahme von Baubetrieben in die Bauhüttenbetriebsverbände. Diese Grundsätze sind kurz folgende: 1. Die Betriebe müssen gemeinnützig sein, das heißt, sie dürfen die Stammeinlagen mit höchstens 5 v. H. verzinsen; ein etwaiger Ueberfluß darf nicht verteilt werden, sondern ist im Betrieb als soziales Kapital anzulegen; im Falle der Auflösung muß das nach Auszahlung der Stammeinlagen verbleibende Vermögen gemeinnützigem Zwecken zugewandt werden. 2. Die Betriebe müssen die vom Verband sozialer Baubetriebe aufgestellten Grundsätze und Richtlinien anerkennen; sie müssen Qualitätsarbeit leisten und

Treibhändlerbetriebe der Allgemeinheit sein. 3. Die Betriebe müssen wirtschaftlich gesund sein und dürfen Privaten keinen Einfluß auf die Betriebsführung gewähren. 4. Für Neugründungen muß ein Bedarf nachgewiesen werden und die Sicherheit ausreichender Beschäftigung vorhanden sein. 5. Die Betriebe müssen die Unterstützung der zuständigen Gewerkschaften haben. 6. Sie müssen sich verpflichten, ihre Geschäftsführung jederzeit vom V. j. B. revidieren zu lassen. 7. Sie müssen einen tüchtigen Arbeiterstamm und eine befähigte Leitung haben. 8. Die Betriebe müssen ein völlig einwandfreie Geschäftsmoral haben und dürfen sich insbesondere auf das sonst vielfach übliche Bestechungs- und Schmiergeldwesen nicht einlassen.

Nachdem noch die Lehrlingsfrage und einige andere Fragen kurz besprochen waren, schloß Dr. Wagner die Konferenz mit Worten des Dankes an die Erschienenen. Die Konferenz zeigte in ihrem Verlauf gegenüber den beiden vorausgegangenen Konferenzen einen wesentlichen Fortschritt. Ruhig, klar und sachlich trugen alle Redner ihre Ansichten vor. Der allgemeine Eindruck von der Konferenz war der: die baugeverblische Sozialisierungsbewegung ruht auf gesunden Grundlagen; ihre organische Weiterentwicklung ist gesichert.

Not und Seele.

Wenn eine Bewegung ins Große gewachsen, dann gilt es ganz besonders, ihr die Seele zu wahren, damit sie nicht zu einem toten Koloss wird. Das proletarische Ringen mit dem kapitalistischen Unternehmertum um neue Höhen des Menschentums, es ist ins Gewaltige gewachsen. Aber in der heutigen Zeit ist es weniger das Ausmaß der Bewegung, das für die proletarische Seele Gefahren in sich trägt, als die immer stärkere Zuspitzung der wirtschaftlichen Not. Je größer das wirtschaftliche Elend ist, um so mehr ist der Mensch zur Wahrung seiner wirtschaftlichen Rechte gezwungen und um so leichter verblasen dann alle tieferen und letzten Ideale. Und darum gilt es gerade heute immer wieder, aus all dem niedrigen Zwange des Notens heraus und dennoch das zu wahren und ins neue Land zu retten, was da in allen proletarischen Herzen lebt. Geist, Seele, Freiheit, Liebe ist unser höchstes, letztes Ziel!

Das ist die edelste Idee unseres Kampfes, und nur wer das fühlt, ist ein Herzschlag unserer Bewegung. Es gibt ja viele, die glauben, daß die Lebendigkeit im Munde liege, daß Geschrei Wärme sei. Und gerade in den schweren wirtschaftlichen Zeiten ist die Gefahr groß, daß von vielen der Held des Mundes mit dem Helde der Seele verwechselt wird.

Der proletarische Gestaltungskampf kann nicht zu einem toten Etwas werden, weil das proletarische Volk mit seiner schwebenden Seele der Träger des proletarischen Gedankens ist. Selbst von den Gegnern wird dieses Fühlen und Suchen des Volkes anerkannt, und je schärfer die Not, um so größer das Regnen der Seele nach innerem Gehalt.

Und dieses Suchen und Schonen müssen wir pflegen, gerade heute, wo die Not wieder so besonders hart an die Tür klopft. Mag der Kapitalismus noch so sehr im Festtagsgewande seiner kalten Narkose auf uns wirken: gerade dann zeigt er sich uns in seiner ganzen fühlenden Gemeinheit, gerade dann zwingt er uns, mit dem neuen Wirtschaftsrecht auch zu erringen das neue Menschentum.

hat, den Geschäftsbericht abzuwarten und dann erst seine Unzufriedenheit eventuell auf dem Verbandstag anzubringen. Vielleicht unterzieht sich Kollege Tsch. einmal der Mühe und liest im „Steinarbeiter“ Nr. 2 vom 14. Januar 1922, die Rundschau-Notiz „Steinarbeiter schug“ nach. Weiter wollen wir dazu nichts sagen, sonst geht es uns wie dem bekannten Tier im Jorrellanladen! — Heber die „Schreibweise“ im „Steinarbeiter“ urteilen ja schließlich auch noch andere, da heißt es schon abwarten; doch wenn man zur Beurteilung dieser zwei Jahre zurückgreifen muß, um mit oder an einem Artikel seine Unzufriedenheit kundzugeben, dann ist es gewiß ein recht billiges Vergnügen. Ferner soll eine Anmerkung an einem früheren Artikel von Tsch. die Folge seiner Ablehnung als Organisationsvertreter durch die Arbeitgeber gewesen sein. „Dat ist to veel mien leete Mann!“ Das kann nicht durchgehen ohne wieder zurechtgebogen zu werden. Die Gründe der Ablehnung, die natürlich der Verbandsvorstand in seiner Gesamtheit bekämpft und nicht hat gelten lassen, lagen ganz wo anders; das werden dem Kollegen Tsch. die Zahlstellenmitglieder viel besser sagen können, die er als Gauleiter besucht und „bearbeitet“ hat. Verwicklungen von Ursachen nach dieser Methode läßt sich die Schriftleitung nicht gefallen, auch wenn der betreffende Kollege Tsch. heißt und aus Bremen stammt. Und wer etwa glaubt, auf solche Art sich ein Objekt zu verschaffen, auf dem nun losgewinkt werden kann, der irrt sich gewaltig! Die Verbandsmitglieder erfahren aus dieser kurzen Anmerkung, daß es die Schreibweise des Kollegen Tsch. ist, die zu beurteilen ist, denn auf die Verbandstagsdiskussion übt sie gewiß keinen fördernden Einfluß aus. Das „große“ und das andere noch „größere“ wollen wir ihm schenken, wer uns kennt, weiß, daß danach nicht unser Sinn steht. Wir haben immer Wert darauf gelegt, mit recht nüchternen Blicken im Tritt zu bleiben, auch dann, wenn rechts und links die Geschichte aus dem Takt kam.

Streit im Bayerischen Wald.

Am 20. Februar legten die Kollegen in den Werksteinbetrieben des Bayerischen Waldes die Arbeit nieder. Die Ursachen dieses Streiks sind folgende:

Am 7. Februar fanden in Plattling die Verhandlungen über die Erhöhung der Teuerungszulage für die Kollegen des Bayerischen Waldes statt. Mit den Unternehmern der Pflastersteinindustrie konnten wir bei dieser Verhandlung zu einer Einigung kommen. Die Unternehmer der Werksteinindustrie lehnten dagegen die im Nichtelgebirge vorgenommene Grundlohnserhöhung von 10 Prozent für die in den Afforbetrieben im Zeilohn beschäftigten Steinmetzen ab. Herr Schweizer als Vorsitzender der Unternehmer rief uns kategorisch zu: „Die Unternehmer des Bayerischen Waldes lehnen diese Grundlohnserhöhung ab und damit basta!“ Unsere Kollegen konnten sich bei dieser Verhandlung den diktorischen Weisungen des Herrn Betriebsleiters Schweizer nicht unterwerfen und die Verhandlung war damit gescheitert. Nach dem Ausgange dieser Verhandlung war es vollständig zweifellos, in erneute Verhandlungen mit den Unternehmern der Werksteinindustrie des Bayerischen Waldes auf zentraler Grundlage einzutreten. Dazu kam jetzt noch, daß sich durch die eingetretene Erhöhung der Brotpreise eine weitere Erhöhung der Teuerungszulage notwendig machte. Um einen Ausgleich für diese erhöhten Ausgaben herbeizuführen, beantragten die Kollegen eine weitere Erhöhung der Teuerungszulage von 750 auf 950 Prozent. Die in Plattling von den Unternehmern abgelehnte Grundlohnserhöhung hielten die Kollegen dabei in vollem Umfange aufrecht. Für die Kollegen in den Pflastersteinbetrieben war die gleiche Erhöhung der Teuerungszulage durch die Gauleitung beim Bayerischen Steinindustrieverband beantragt.

Auf Grund dieser Forderungen fanden am 25. Februar in Regensburg erneute Verhandlungen mit den Unternehmern statt. Das Ergebnis dieser Verhandlung war, daß die Unternehmer der Werksteinindustrie zwar die in Plattling abgelehnte Grundlohnserhöhung anerkannten, die gegenwärtige Teuerungszulage aber nur um 100 Prozent (von 750 auf 850 Prozent) erhöhen wollten. Unsere Vertreter konnten diesem geringen Zugeständnis der Unternehmer ihre Zustimmung nicht erteilen und unterbreiteten das Ergebnis dieser Verhandlung noch an gleichen Tage einer Konferenz, die zu diesem Zweck für den Bayerischen Wald nach Straubing einberufen war. Diese Konferenz lehnte einmütig das Angebot der Unternehmer ab und beschloß ebenfalls einmütig, daß in denjenigen Werksteinbetrieben, wo bisher noch gearbeitet wurde, ab 27. Februar die Arbeit ebenfalls zu ruhen hat. Für die Kollegen in den Pflastersteinbetrieben wurde die Gauleitung beauftragt, das Schlichtungsverfahren auf Grund der Schlichtungsordnung durchzuführen. Da der Grundlohn bei den Hilfsarbeitern 65 Pf. und bei den gelernten Arbeitern 80 Pf. beträgt, so bedeutet die Forderung der Kollegen eine Erhöhung des gegenwärtigen Stundenlohnes von 5.52 M. auf 6.82 M. bei den Hilfsarbeitern und von 6.80 M. auf 8.40 M. bei den gelernten Arbeitern. Daß diese Forderung der Kollegen ihre volle Berechtigung hat, kann kaum bestritten werden, damit ist der Streit der Kollegen des Bayerischen Waldes hinreichend begründet.
Chr. Schmidl.

Aus den Zahlstellen.

- Wahlkreiseinteilung.** Wichtigste Stellung: Unterm 6. Gau: Wahlkreis 5, muß es an Stelle Rammelsbach heißen: Hammelbach.
- Kleinrinderfeld.** Wir erhalten folgende Zuschrift von der Firma „Fränkische Mischelkalksteinwerke“, Gerolshausen (Albert Birtha) als Wichtigstellung: „Der in Nr. 6 Ihrer geschätzten Zeitung vom 11. Februar 1922 enthaltene Bericht aus Kleinrinderfeld ist in mehrfacher Hinsicht unrichtig:
1. Der Vorgang, wie sich der Unfall abgespielt hat, ist unrichtig geschildert. Der Unfall ist nach meinen Feststellungen darauf zurückzuführen, daß hartgefrorene Erdmassen infolge der Witterungseinflüsse sich losgelöst haben und herunterfielen. Weder von einem Selbstverschulden des Verunglückten noch von Leichtsinne der Betriebsleitung kann hiernach die Rede sein.
 2. Die Angaben über den Inhalt des Verbandskastens sind unrichtig. Das vorhandene Verbandsmaterial bestand vielmehr — wie der Arbeitskollege des Verunglückten, welcher dieses Material dem Arzte vorlegte, schriftlich bezeugt hat — aus 5—6 Kannee-Verbandsbüchsen, 7 Mullbinden, einer Literflasche Karbolsäure und einigen kleineren Flaschen, enthaltend Karbolöl, Tabletten zu desinfizierenden Lösungen usw. Der Verbandskasten ist mit solchem Inhalt wiederholt von dem Gewerbeaufsichtsbeamten geprüft worden und wurde von diesem nicht beanstandet.
 3. Daß ich am nächsten Tag zum Arzt ging, ist richtig. Aber nicht, um mich nach dem notwendigen Inhalt eines Verbandskastens zu befragen, sondern um mich nach den Verletzungen des Verunglückten zu erkundigen.
 4. Es ist unrichtig, daß ich jemals Arbeitern ihren verdienten Lohn vorenthalten habe. Drei Arbeiter haben den ihnen am 15. Oktober zustehenden Urlaub nach dem 15. November genommen. Da am 15. November eine Lohnerhöhung eintrat, so erklärte ich diesen Arbeitern, daß ich bezüglich der Entlohnung für die Urlaubstage in solchen Fällen Erkundigungen darüber einziehen wolle, wie es in anderen Geschäften gehalten wird. Hiermit waren die Leute einverstanden. Nach eingezogener Erkundigung erhielten sie für die Urlaubstage den Lohn des neuen nach dem 15. November in Kraft getretenen Tarifs ausbezahlt. In der Sache selbst bestand zwischen mir und den Arbeitern keinerlei Differenz. Einer der Arbeiter hat den Vorsitzenden der Zahlstelle, Herrn Küfner, privat um seine Meinung hierüber befragt, daraufhin erschien Herr Küfner ohne daß er — wie die Leute angeblich — einen Auftrag hierzu hatte, im Betrieb, um mir Vorhaltungen zu machen. Als er hierbei ausführlich wurde, erklärte ich ihm in Gegenwart aller Leute, daß über die Frage gar kein Streit bestehe, sondern daß es sich nur darum handle, eine gleichmäßige Behandlung herbeizuführen, die auch für den Fall eines etwaigen Lohnabbaues Geltung habe. Wenn aber überhaupt ein Streit bestehen würde, so sei es Sache des Betriebsobmannes, nicht aber Sache des Herrn Küfner, die Angelegenheit zu regeln.“

Aus der Schötter- und Pflastersteinbranche des Kasseler Bezirkes. „Was lange währt, wird endlich gut,“ sagt man, leider trifft es nicht immer zu, am wenigsten bei Lohnverhandlungen. Anfang Dezember 1921 wurde unsere Forderung gestellt. In der ersten Verhandlung in Kassel am 7. Januar kam keine Einigung zustande, ebensowenig in der zweiten am 20. Januar vor dem Tarifamt in Goslar. Das Ergebnis dort stand drei gegen drei. Darauf wurde den Parteien ausgeben, nochmals in Kassel zu neuen Verhandlungen zusammenzutreten, sollte dort abermals keine Einigung zustandekommen, dann soll das Tarifamt Goslar unter Einziehung eines unparteiischen Vorsitzenden entscheiden. Die neuen Verhandlungen in Kassel fanden am 17. Februar statt, und wurde nach fünfstündiger Auseinandersetzung folgendes Resultat erzielt. Der bisherige Stundenlohn im Kasseler Bezirk war für Vollarbeiter über 20 Jahre (Handwerker und sonstige Facharbeiter einbezogen) 6 bis 7.50 Mark. Nach den neuen Vereinbarungen stellt sich der Lohn wie folgt: Für die Betriebe im Landkreis Kassel, Drusel, Elgershausen, Großenrille, Wellerode, Eiterhagen und Helfa Handwerker 10.70—11 Mark, Facharbeiter 10.20—10.50 Mark, Brucharbeiter 9.70—10 Mark, 18—20 Jahre 8.70—9 Mark, 17—18 Jahre 7.70—8 Mark, 16—17 Jahre 6.70—7 Mark, unter 16 Jahren freie Vereinbarung. Für den Betrieb Gudensberg, Kreis Frislar, 50 Pfennig, und die noch weiter ab gelegenen Betriebe, wie Schlierbach und Oberaula, Kreis Ziegenheim 1 Mark pro Stunde weniger wie im Landkreis Kassel. Die Afforböhne werden betriebsweise geregelt. Diese festgesetzten Löhne erhöhen sich einheitlich ab März in der Lohnperiode, in welcher der 15. fällt, um 1.50 Mark pro Stunde in allen Betrieben des Kasseler Bezirkes. Wenn nun die Verhandlungen am 17. Februar kein befriedigendes Ergebnis zeitigten, so liegt es vor allem an dem starken Widerstand der Unternehmer gegen jede Lohnerhöhung. Die Herren erkennen eben die Notlage der Arbeiter nicht im geringsten an. Einige stehen sogar noch auf dem Standpunkt: „Die Arbeiter leben alle auf dem Lande, und wer da wohnt, dem fliegen die gebatlenen Tauben von selbst in den Mund.“ Sie berücksichtigen aber nicht, daß acht bis neun Zehntel aller Steinarbeiter nur auf ihrer Hände Arbeit angewiesen sind, und jeden Wißens, den sie in den Mund stecken, kaufen müssen, wie jeder andere Industriearbeiter. Gerade die Unternehmer, die aus Arbeiterkreisen hervorgegangen sind, zeigen am wenigsten Verständnis für die Not der Arbeiter. „Wir müssen uns den wirtschaftlichen Verhältnissen in der Steinindustrie anpassen,“ so klingt es immer. Der Brotpreis ist um 75 Prozent erhöht worden. Die Preise aller anderen Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter folgen; besonders stark ist die Preiserhöhung bei den Textilwaren zu verspüren. Wohin das mit der Zeit führt, wird uns die Zukunft lehren! Nur der einen Seite Lurus und Freudenleben, auf der anderen Seite ein immer stärkeres Verarmen der Arbeiterfamilien. Aus allen unseren bisherigen Lohnverhandlungen im Bezirk müssen wir zu der Einsicht kommen, den letzten Mann in unsere Reihen zu holen, im Gewerkschaftlichen wie im Politischen, gegenseitige Aufmunterung, Fühlung nach allen Richtungen, vor allen Dingen gegenseitiges Vertrauen wird uns die kommenden Schwierigkeiten überwinden lassen. Und wenn es sein muß, auch durch Streit.

Treihausen. Am Sonntag, dem 22. Januar, hielt die Jüliche Generalversammlung ab, die einen guten Besuch aufzuweisen hatte. Der Ortskassierer Philipp Schäfer erstattete den Kassenbericht vom 4. Quartal 1921, der von dem Revisor für richtig befunden war. Dem Kassierer wurde darauf Entlastung erteilt. Sodann erstattete der Vorsitzende über das Zustandekommen des neuen Lohntarifs; die anwesenden Kollegen waren damit einverstanden. Nach eingehender Aussprache trug der Vorsitzende den Anwesenden nochmals die Erhöhung der Beiträge vor. Zu Revisoren wurden die Kollegen Johannes Bier II und Ludwig Grün gewählt. Nachdem die Tagesordnung erledigt war, erwähnte der Vorsitzende die Kollegen auch in dem neuen Jahre ihrer Organisation treu zu bleiben, vor allen Dingen unsern Kampffonds stärken, dann kann man auch ruhig allen Anforderungen, die an uns gestellt werden, ins Auge fassen, und das bekannte Sprichwort kann auch bei uns zur Geltung kommen: Rückwärts nimmer, vorwärts immer! Mit diesen Worten schloß der Vorsitzende die Versammlung. Ein gemütliches Zusammensein hielt die Kollegen noch einige Stunden zusammen.

Altenzie. Vor Eintritt in die Beratungen widmete der 2. Vorsitzende dem verstorbenen 1. Vorsitzenden Joh. Wilh. Reusch einen Nachruf, der mit entblöhten Hauptern entgegengenommen wurde. Den Vorstandsbereich gab dann auch der selbst. Vorsitzende. Das verfloffene Jahr war für unsere Zahlstelle nicht ohne Kämpfe, denn im Bruchbetrieb Rupp mußten die Kollegen einige Tage streiken, um ihre vertagsmäßig zugesprochenen Nachzahlungsgeelder zu bekommen, was nicht ohne Erfolg blieb. Wir hatten einen Mitgliederstand im 1. Quartal von 102, im 2. Quartal von 92, im 3. Quartal von 112, im 4. Quartal von 138, somit eine Zunahme von 36 Mitgliedern. Der Kassierer verlas den Kassenbericht. Der Lokalkasse bleibt ein Bestand von 770.64 M. Dem Kassierer wurde für seine aufopfernde Mühe allseitig Dank gespendet. Die Vorstandsmitglieder wurden durch Zuruf auf einstimmigen Wunsch der Versammlung wiedergewählt. Der neugewählte Vorsitzende versprach den Kollegen, nach bestem Können zu versuchen, in den Fußstapfen seines Vorgängers die Lage der Kollegen zu verbessern, er könne dies aber nur, wenn er das Vertrauen aller Kollegen habe. Dann wurden einige wichtige Besprechungen über Kommunalpolitik geführt, was aber noch nicht spruchreif ist.

Nürnberg. Am Sonntag, dem 22. Januar, fand im „Historischen Hof“ unsere diesjährige gutbesuchte Generalversammlung statt, an der auch der zufällig anwesende Gauleiter Lohse teilnahm. Es hatte am 21. Januar mit den hiesigen Marmor-Industriellen eine Lohnverhandlung stattgefunden, aus dem Bericht des Gauleiters war zu entnehmen, daß nur ein teilweiser Erfolg erzielt werden konnte. Lohse verglicherte den Kollegen den derzeitigen Stand der deutschen Steinindustrie, aus dem heraus es sehr schwer halte, das zu erreichen, was eigentlich die jetzige Lebenshaltung erfordert. Er empfahl daher den Kollegen der Marmorgruppe die Stundenlohnserhöhung von 2.30 M. anzunehmen, und bei der nächsten Teuerungswelle abermals eine entsprechende Lohnforderung einzureichen. Wer in einem anderen Beruf unterkommen könne, solle Gebrauch davon machen, denn letzten Endes würde sich diese Notwendigkeit ganz von selbst ergeben, daß eine Reihe von Steinarbeitern in anderen Berufen untertauchen. Nach längerer Debatte erklärten sich die Marmorarbeiter für die Annahme der erzielten Lohnerhöhung, mit der Bedingung, daß für die kommenden Preissteigerungen der Lohn abermals erhöht werden müsse. Der Gauleiter wurde ersucht, dies in die Wege zu leiten. Darauf gab der Vorsitzende Kollege Krauß seinen Jahresbericht. Es fanden 11 Monatsversammlungen, 30 Branchensammlungen und 40 Sitzungen statt, 11 Lohnbewegungen wurden erledigt, fast alle mit gutem Erfolg. Kassen- und Bücherrevisionen fanden vier statt. Der Arbeitsnachweis der Zahlstelle vermittelte im Jahre 1921 in 92 Fällen berufliche Arbeit. Doch beanstandete der Vorsitzende, daß viele Kollegen den beruflichen Nachweis umgehen, oder ihrer Meldepflicht nicht genügen. In Zukunft muß hier eine bessere Disziplin Platz greifen. Ebenso tabelt er die Flauheit der Steinbrecher der umliegenden Bruchgebiete. Es sollte schon längst für diese Berufsgruppe ein Bezirkstarif geschaffen werden, aber die Mitarbeit der zuständigen Kollegen hat bis heute versagt. Demzufolge sind die Löhne in dieser Branche recht unterschiedlich. Den Kassenbericht erledigte Kollege Endres. Neuaufnahmen erfolgten im letzten Monat 8. Die Gesamteinnahmen für 1921 betragen 55 961.65 M., denen eine Gesamtausgabe von 50 447.35 M. gegenübersteht. Durch die Revisionen wurde bestätigt, daß Kasse und Bücher in bester Ordnung befanden wurden. Für seine Tätigkeit wurde dem Kassierer gedankt, und Entlastung durch Erheben von den Sigen erteilt. Ueber die Arbeit der übrigen Verwaltungsmittelglieder äußerten sich die Debatte-redder in lobender Anerkennung. Auf Vorschlag der eingekerkerten Wahlkommission wurde die alte Verwaltung wiedergewählt. Neugewählt wurde nur ein Beisitzer, und der auscheidende als Revisor. Für die Bildhauer- und Denkmalbranche wurde beschlossen, eine neue Lohnforderung in Höhe von 2.70 M. pro Stunde einzureichen. Im Punkt Beitragsregulierung gab der Vorsitzende bekannt, daß die erste Beitragsklasse von den Kollegen der Baubranche fast reiflos beibehalten wurde, trotzdem der statutarische Stundenlohn noch gar nicht erreicht ist. In den nächsten Wochen wird jedoch derselbe voraussichtlich überholt, und dann hat sich jeder einsichtige Kollege nur Nutzen gebracht, anstatt

geschädigt. An der „Mittelfränkischen Bauhütte“ beteiligt sich die Zahlstelle aus örtlichen Mitteln vorläufig mit 1000 M., um die Lokalkasse nicht allzustark von flüssigen Geldern zu entblößen. Nachdem noch an einige kranke Kollegen örtliche Unterstützungen bewilligt wurden, schloß die befriedigend und sachlich verlaufene Jahresversammlung.

Wirtschaftliche und soziale Wochenchau.

(W.W.B.) Seit Mitte Februar ist der in den vorangegangenen Wochen verhältnismäßig veränderte Kurs der deutschen Mark an den ausländischen Börsen heftigen Schwankungen ausgesetzt gewesen. Dies ist um so auffälliger, als gerade in der allerjüngsten Zeit außen- und innenpolitisch eine gewisse Beruhigung eingetreten war. Die Ursachen liegen diesmal auf rein wirtschaftlichem Gebiet. Der bevorstehende 1. März ist für das deutsche Wirtschaftsleben ein Termin von außerordentlicher Bedeutung. Er bringt uns die Erhöhung des Goldaufschlags auf Zölle von 3900 Proz. auf 4400 Proz. Um diesen Vorgang richtig würdigen zu können, muß man berücksichtigen, daß der Goldaufschlag im Mai 1920 noch 700 Prozent betrug. Die Verteuerung aller Inlandswaren, die irgendwie durch die Einfuhr ergänzt oder überhaupt beschafft werden, ist eine ganz erhebliche. Außerdem tritt am 1. März eine erneute Erhöhung der Gütertarife um 20 Prozent in Kraft, die ebenfalls in gewöhnlicher Weise auf die Waren abgewälzt werden wird. Zu Beginn der kommenden Woche wird in einer gemeinsamen Sitzung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrates über eine Erhöhung der Kohlenpreise ab 1. März Beschluß gefaßt werden. Den Forderungen der Entente entsprechend soll die Differenz zwischen Inlands- und Weltmarktpreis, die gegenwärtig etwa durchschnittlich 250 bis 300 Mark pro Tonne beträgt, beseitigt werden. Eine Steigerung wäre an sich schon notwendig geworden durch die ebenfalls am 1. März in Kraft tretende Erhöhung der Kohlensteuer von 20 auf 40 Prozent, durch die Erhöhung der Frachttarife um 20 Prozent und durch Lohnerhöhungen, über die augenblicklich noch Verhandlungen schweben. Man beachtete, den noch freibleibenden Teil der Kohlenüberpreise zu 50 Prozent für Reparationszwecke und zu weiteren 50 Prozent zu Rücklagen für den Ausbau und die Erneuerung der bestehenden Werke sowie zum Abteufen neuer Schächte in dem bei Deutschland verbleibenden Teile Oberschlesiens zu verwenden. Auf diese Weise soll der durch den Verlust des ober-schlesischen Kohlenreviers entstandene Ausfall in der Versorgung des deutschen Marktes in einigen Jahren wettgemacht werden. Berücksichtigt man, daß unter dem Druck der Verhältnisse die Regierung erst vor kurzer Zeit einer etwa 75-prozentigen Erhöhung der Mehl- und Brotpreise zugestimmt hat, so wird man die weitgehende Bedeutung dieser neuen Teuerungswelle ermessen können. Die Entente hat uns durch die Beschlüsse von Cannes genötigt, die Inlandspreise der wichtigsten Bedarfsartikel den Weltmarktpreisen anzupassen, um die Differenz zwischen den Gestehungskosten der Industrie in Deutschland und den hochvalutarischen Ländern, insbesondere England, zu beseitigen. Es wird ungeheurer Anstrengungen bedürfen, um trotzdem den Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie auf der bisherigen Höhe zu halten. Gelingt das nicht, bricht die Weltwirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit auch über Deutschland herein, so sind die Folgen unabsehbar. Wenn schon die durch den Krieg verhältnismäßig wenig geschädigten Staaten wie England und Amerika und die typischen Kriegsgewinnler unter den Nationen, wie Japan, die Schweiz und die nordischen Länder, unter dem Druck der Arbeitslosigkeit schwer leiden und alle erdenklichen Mittel aufbieten, um die Last der Weltwirtschaftskrise auf andere Staaten, insbesondere auf Deutschland, abzuwälzen, so müssen in unserem ausgepörrten Lande die Folgen eines Zusammenbruchs der Konjunktur gerade ungeheuerliche werden. In den kommenden Wochen und Monaten wird es sich zeigen, ob die so oft feierlich betonte Bereitschaft aller inländischen Interessentkreise zum Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens auch einer schweren Belastungsprobe standhält.

Goldmarkflöhe. Die Erhöhung der Brot- und Kohlenpreise, der Gütertarife und der Zollsuschläge sind nur Glieder in der langen Kette der Steigerungen, die durch die von der Entente verlangte Angleichung der deutschen Produktionskosten an die Weltmarktpreise hervorgerufen wurden. Da die Löhne nicht von einem Tag zum andern in gleichem Tempo erhöht werden wie die Kosten der notwendigsten Lebensbedürfnisse, ergibt sich im Haushalt der Arbeiter und Angestellten eine ungeheure Spannung zwischen Einnahme und Ausgabe. Jeder einzelne fühlt erst jetzt an eigenen Leibe so richtig die Nachwirkungen des verlorenen Krieges. Die ohnehin schon in gefährlicher Weise verschärften sozialen Gegensätze nehmen von Tag zu Tag einen bedrohlicheren Charakter an. Die wirtschaftspolitische Atmosphäre ist mit Schlagwettern durchsetzt, und es genügt ein Funke, um die schwersten Explosionen hervorzurufen. Jeder einsichtige Volksgenosse, mag er Unternehmer oder Arbeiter sein, wird einsehen, daß auch die Löhne den veränderten Ertragsbedingungen sehr rasch angepaßt werden müssen, daß aber bei diesem unermesslichen Prozeß alles vermieden werden muß, was nur Erschütterungen des Wirtschaftslebens hervorruft und feiner der in Betracht kommenden Interessentengruppen nützen kann.

Wir leben in der Zeit der Schlagwörter. Ein geschickt gewähltes Schlagwort wirkt auf die Masse stärker und überzeugender als alle noch so objektiven Ausführungen. So manchen, der in dieser schweren Zeit keinen Ausweg aus der allgemeinen Not sieht, klammert sich an ein Schlagwort, propagiert es in seinem Bekanntenkreise und trägt damit oft unbewußt gerade dort zur Vermirrung der Geister bei, wo ruhige sachliche Erwägung dringend geboten wäre.

Eins dieser Schlagwörter, das im ersten Moment geeignet ist, die Massen zu blenden und in den Strudel des Generalstreiks hineinzureißen, ist die Forderung der Goldmarkflöhe. Man versteht darauf, daß die Kosten der Lebenshaltung in Deutschland in den kommenden Monaten die Weltmarktpreise zugrunde gelegt werden müssen und daß dementsprechend die Löhne der Vorkriegszeit der Geldentwertung entsprechend zu erhöhen sind. Man vergißt hierbei, daß trotz der Steigerung der Brot- und Kohlenpreise die Kaufkraft der Mark im Inlande auf längere Zeit hinaus doch noch erheblich größer sein wird als am Weltmarkt. Gewessen am Stande der ausländischen Zahlungsmittel hat die Papiermark heute einen Wert von etwa 2 Pfennigen, ihre ausländische Kaufkraft entspricht jedoch einem Werte von 4 1/2 bis 5 Pfennigen. Der Inlandswert wird zweifellos nach und nach sich verringern, aber auch die Kursbewegung der Mark am den ausländischen Börsen deutet auf eine fortschreitende Entwertung hin. Fordern wir Goldmarkflöhe, so wird unzweifelhaft eine der schwersten Erschütterungen des wirtschaftlichen Lebens, die je ein Staat gesehen hat, die Folge sein müssen. Es muß in solchem Falle eine Umwertung aller Werte von heute auf morgen einsehen, bei der gerade die arbeitenden Schichten mit ziemlicher Sicherheit in unfähliche Bedrängnis geraten. Es hieße den Zustand der wirtschaftlichen und vielleicht auch der politischen Anarchie proklamieren, wenn man diesem betörenden Schlagwort zuliebe den von bestimmter Seite so heiß ersehnten und für das kommende Frühjahr propagierten Generalstreik entfesseln wollte. In der Forderung der sofortigen Erziehung der Goldmarkflöhe liegt eine Verkennung der augenblicklichen wirtschaftlichen und politischen Stellung Deutschlands und unseres Verhältnisses zur Weltwirtschaft. Der Laie, der angesichts dieses Schlagwortes sofort im stillen überschlägt, welches der fünfzigfache Betrag seines Friedenseinkommens wäre, bedenkt nicht, daß in solchem Falle die Preise aller Waren im Inlande weit über Friedensparität hinausschnellen würden und daß mangels jeder Exportmöglichkeit die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland sich binnen weniger Wochen verzehnfachen oder gar verzehnfachen würde. Es ist zu verlangen, daß alle Kreise unseres Volkes die Last der gegenwärtigen schweren Not gemeinsam tragen, daß jede Möglichkeit, ungebührliche Gewinne zu erzielen, schnellstens unterbunden wird, daß die Regierung den Kampf gegen Schieber und Schlemmer, sowie gegen die Einfuhr unnötiger und teurer Luxuswaren energig aufnimmt, die Aufgabe der Arbeitnehmer und ihrer Interessenvertretungen kann es aber nie und nimmer sein, eine Goldmark-

lung in die Wege zu leiten, die unter allen Umständen zur Katastrophe führen muß. Das Beispiel Rußlands steht warnend vor uns.

Rundschau.

Hugo Braun †. Ein tüchtiger Kollege, ein lieber Mensch und ein guter Freund hat seine Augen für immer geschlossen. Von der Krankheit nicht unterrichtet, trifft uns die Trauerbotschaft um so unvorhersehbarer und schmerzlicher. — Nicht alle Verbandsmitglieder kannten den Senator Hugo Braun in Hildesheim. Doch wird eine Anzahl vorhanden sein, die sich aus verschiedenen früheren Vorgängen im Verbands seiner erinnern können.

Am 4. Januar 1878 in Hamburg geboren, erlernte er nach seiner Schulentlassung das Steinmetzhandwerk in Dresden, bereits Ostern 1896, nach Beendigung der Lehrzeit, wurde er Mitglied der Steinmetzorganisation. Tippelte, wie damals gebräuchlich, eine Zeitlang in Deutschland umher und landete dann, mit Unterbrechung der aktiven Militärzeit, im damaligen Steinmetzhandwerk: Schleifisches Sandsteingebiet. Alt-Warthau wurde seine Heimat! Hier hat Kollege Braun eifrig gestrebt und gewirkt für die Ideale der proletarischen Bewegung. Auf dem 1. Verbandstag in Erfurt 1904 wurde er weiteren Kollegenkreisen bekannt. Als dann im Jahre 1906, auf Beschluß des 2. Verbandstages in Nürnberg die Anstellung mehrerer besoldeter, Gauleiter beschlossen wurde, fiel unter anderen auch die Wahl auf Hugo Braun. Er wurde bestimmt für das elsässische Steinbruchgebiet, Württemberg und den Schwarzwald. Sein Sitz wurde nach Straßburg, später aus Zweckmäßigkeitsgründen nach Karlsruhe verlegt. In seinem Gaubezirk hat Braun außerordentlich mit Erfolg gewirkt. Die wilden Entlohnungsmethoden verschwanden aus den Steinbruchgebieten seines Gaubezirks, geregelte Tarife kamen zur Geltung und sicherten so bis zu einem gewissen Grade die Existenzunterlagen der dortigen Sandstein-, Granit-, Marmor- und Pflastersteinarbeiter. Das wurde allseitig von ihnen anerkannt, und gar mancher ist noch heute des Lobes voll über diese Entlohnungs-Pionierarbeit, die Kollege Braun dort geleistet hat. Nach fast achtjähriger Tätigkeit gab dann Braun die Verbandstätigkeit auf. Es ging nicht so recht vorwärts, wie er es erstrebte, und er machte dann selbst einen Vorschlag über eine andere Gaueinteilung auf Grund seiner praktischen Erfahrung, und nahm dann die Stelle eines Arbeitersekretärs in Hildesheim an. Der Fortgang von Karlsruhe fiel ihm nicht leicht, seine politische Tätigkeit im Stadtverordnetenkollegium hatte ihm allseitig große Achtung verschafft. Wohl hatte er selbst die Steinbearbeitung durch seine Anstellung schon lange Jahre eingestellt, aber seine Tätigkeit als Gauleiter brachte ihn immer wieder damit in Verbindung, und wir alle wissen aus Erfahrung, wer an Steinen herumgemodelt hat, wird immer wieder von ihnen angezogen. So ging es auch Hugo Braun, aber er hat sich dann doch losgerissen! In seiner neuen Stellung hat er voll seinen Mann gestanden, und wir haben im Verlauf der weiteren Jahre nur Lob über ihn gehört. Achtung und Verehrung genoss er unter der Hildesheimer Arbeiterschaft. Unser Freund war geistig sehr rührig, benutzte jede Spanne Zeit zu seiner Fortbildung; er war nicht nur ein wirkungsvoller Redner, auch die Feder beherrschte er vollkommen. Die alten Jahrgänge des Steinmetzberufes weisen manchen Beitrag von ihm auf. Es ist deshalb auch durchaus verständlich, daß die Verbandsleitung unter Staudingers Regie dem Kollegen Braun, der mittlerweile Senator in Hildesheim geworden war, den Auftrag gab, eine Geschichte der elsässischen Steinmetzorganisation zu schreiben, damit die ganzen Vorläufer durch die Abtretung dieses Gebietes an Frankreich für unsere eigene Organisationsgeschichte nicht verloren gehen. Die Arbeit ist nun gestört und wird vielleicht aufgegeben werden müssen.

Verzehrte ärztliche Behandlung auf Knochentuberkulose hat ihn während des Krieges schwer mitgenommen. Das Resultat war ein vollständig schwaches und steifes Bein. Trotzdem hat sein Arbeitswille und seine Energie für die Arbeiterfrage nicht nachgelassen. Auf Drängen seiner politischen Freunde trat er in den städtischen Dienst, wurde besoldeter Stadtrat oder wie man in Hildesheim sagt: Senator.

44 Jahre alt, wurde Hugo Braun am 23. Februar nun dahingerafft, wir wissen beim Schreiben dieser Zeilen noch nicht, welche Krankheit ihn so plötzlich niedergeworfen hat. Der Steinmetzberuf mit seiner Wirkung auf die Empfindlichkeit der Atmungsorgane bei jedem Witterungswechsel hing auch ihm an; übers Steinmetzalter ist er nicht hinausgekommen, wie so viele, viele unserer tüchtigen Kollegen, die streben und wirken für die Allgemeinheit, ohne an das eigene Ich zu denken, obgleich ihnen der Todesstoß schon längst eingepflanzt wurde. Hugo Braun war Ostern 1921 bereits 25 Jahre Mitglied der Steinmetzorganisation, und wenn auch durch seine neue Beschäftigung die Fühlung in den letzten Jahren etwas loder wurde, Freunde sind wir stets geblieben. Er hat auch immer noch großen Anteil genommen an allen Vorgängen im Verband und im Beruf.

Die Arbeiterschaft in Hildesheim verlor mit Braun einen ihrer eifrigsten Förderer, auch seine politischen Gegner erkennen das an. Persönlich hatte er sicherlich keine. An seiner Wahre Frau und Sohn um den recht herben und unersehlichen Verlust. Wir Steinmetz verloren einen Kollegen, der eifrig, zielbewußt und klar die Entwicklung auszunutzen verstand, und dem alle, die ihn kannten, die ehrende Erinnerung nicht verjagen werden. Der Verbandsvorstand und besonders die Redaktion, beide haben einen Freund verloren von seltener Lauterkeit, dessen Andenken nie erlöschen wird.

Die sterblichen Reste unseres Freundes wurden bereits am 26. Februar der Erde übergeben; ein Hügel zeigt nun den Abschluß eines arbeitsreichen Lebens.

„Was vergangen, kehrt nicht wieder; aber ging es leuchtend nieder, leuchtet's lange noch zurück.“

Aus unserem Beruf und unserer Industrie. In der letzten Sitzung des Haupttarifamts für den deutschen Pflasterstein- und Schotterwerkstarif kamen unter anderem nachstehende Entscheidungen zustande:

1. Betrifft die Verurteilung gegen den Schiedsspruch des Tarifamtes Rheinland-Westfalen und Hessen-Nassau zu Köln am 25. Januar 1922. Auf die Verurteilung des Zentralverbandes der Steinmetz Deutschlands und des Christlichen Steinmetz-Berufsverbandes kam unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden mit Rücksicht auf die nur noch kurze Dauer der Gültigkeit des Bezirksstarifes hbm. der dadurch bevorstehenden Verhandlungen folgender Vergleich zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zustande: „Die von dem Tarifamt in Köln durch einen Schiedsspruch vom 25. Januar zugewilligten Erhöhungen der Stunden-Lohnzuschläge werden für die Zeit vom 16. Februar bis 28. Februar verdoppelt, dagegen nicht die sozialen Zulagen.“

2. Betrifft Entscheidung des Haupttarifamts auf Antrag des Zentralverbandes der Steinmetz Deutschlands wegen Nichtanerkennung eines Schiedsspruches des Tarifamtes Sachsen zu Dresden vom 1. Februar 1922 durch die Vereinigung der Steinbruchbesitzer in der Amtshauptmannschaft Grimma und im Kreise Torgau-Leipzig. In dieser Sache wurde nachstehender Schiedsspruch gefällt: „Die Richtigkeit des Schiedsspruches des Tarifamtes Dresden wird grundsätzlich bestätigt und auf Grund des Reichsarbeitsvertrages mit folgenden Ausführungsbestimmungen versehen: Weiden Parteien wird aufgegeben, nun nun in genauer Befolgung der Bestimmungen des Reichsarbeitsvertrages vom 9. Juli 1921 in erster Linie Feststellungen von Normalstundenlöhnen und Akkordlöhnen zu treffen. Die Festsetzung von Akkordlöhnen ist den einzelnen Betrieben oder Gruppen von Betrieben überlassen. Lediglich zur Beseitigung der augenblicklich bestehenden Schwierigkeit wird festgelegt, daß der jetzige Akkordlohn den Verhältnissen des Augenblicks entsprechend 10 Prozent unter den jetzt gültigen Normalstundenlöhnen liegen soll. Der Spruch gilt als angenommen, wenn nicht bis zum 1. März 1922 von einer Seite gegenwärtige Willensäußerung erfolgt.“

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Betrifft Karenzzeit beim Bezug der Erwerblosenunterstützung im Verband! Einige Zahlstellentaffierer pochen auf die Bekanntmachungen im Steinmetzberuf Ende 1921 zu den Uebergangsmassnahmen bei der ab 1. Januar 1922 eingetretenen Beitragserhöhung und damit verbundenen Erhöhung der Unterstützungssätze, wo gesagt wurde, daß die erhöhten Sätze ohne jede Karenzzeit in Kraft treten. Damit wurde durchaus nicht die Bestimmung des Statuts: „Die Erwerblosigkeit der ersten drei Tage wird nicht unterstellt“ — aufgehoben. Die Bemerkung „ohne jede Karenzzeit“ bezog sich nur auf die sonst allgemein übliche Gepflogenheit, erst für eine gewisse Zeit (viertel- oder halbjähr) den erhöhten Beitrag zu leisten, damit ein Geldbestand angesammelt wird, von dem die höheren Unterstützungen geleistet werden können. — Die dreitägige Karenzzeit beim Unterstützungsbezug für das einzelne Mitglied hat also mit der damaligen Bemerkung nichts zu tun und besteht solange bis ein Verbandstagsbeschuß hier ändert. Der größte Teil der Ortsverwaltungen hat es auch gar nicht anders ausgelegt; denn es war tatsächlich ein Sprung ins Dunkle, alle erhöhten Sätze mit der erhöhten Beitragszahlung sofort in Wirksamkeit treten zu lassen.

Folgende Zahlstellen hatten bis zum 28. Februar ihre Quartalsabrechnungen noch nicht an die Hauptkasse eingesandt:

1. Gau: Königshaus, Kottbus, Gollnow. 5. Gau: Gummersbach, Lönisheide, Wülfrath. 6. Gau: Orbia.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Gau 6, Karlsruhe. Gaukonferenz. Beginn am Sonntag, dem 19. März, vormittags 10 Uhr, im Gasthaus zum Philister, Baumwälderstraße 54 in Karlsruhe. Tagesordnung: 1. Bericht des Gauleiters. 2. Organisation und Agitation. 3. Stellungnahme zum Verbandstag und Anträge. 4. Verschiedenes. Anträge zur Gaukonferenz sind bis zum 15. März an die Gauleitung einzuliefern. Zahlstellen bis zu 200 Mitglieder können 1, über 200—500 2 und über 500 3 Vertreter entsenden. Wegen Uebernachtung wende man sich an den Vorsitzenden der Zahlstelle Karlsruhe, Kollegen Otto Büchel, Karlsruhe, Marienstraße 59. Die Delegationskosten zur Gaukonferenz werden von den Zahlstellen getragen. Die Gauleitung. Frz. Sarfert.

Naumünzsch. Nachstehende „Kollegen“ haben vergessen bei der Abreise ihre Beitragslegitimation in Ordnung zu bringen. Diese lagern noch bei unserem Ortskassierer: Hans Damberger, Hotel Wasserfall, Naumünzsch, Post Forbach, Baden. Die Bergelichen heißen: Wedle, Rudolf, geboren 7. November 1898 zu Kappelrodt; Wunsch, Franz, geboren 21. Juli 1893 in Forbach; Schorch, Adolf, geboren 23. September 1900 in Forbach; Peduzzi, Joseph, geboren am 27. Mai 1902 in Sasbachwalden; Peduzzi, Karl, geboren am 22. Dezember 1904 in Sasbachwalden; Fallert, Anton, geboren am 20. Dezember 1896 in Neufasel; Gernsbet, Hermann, geboren am 14. Mai 1903 in Forbach; Braun, Matthias, geboren am 16. Februar 1895 in Ottenhöfen; Springmann, Karl, geboren am 30. Januar 1889 in Waldum; Bonzini, Joseph, geboren am 20. Juli 1899 zu Sasbachwalden.

Zinhain. Die Mitgliedsbücher der Kollegen Eduard Konußhaar (Nr. 37708) und Wilhelm Hoffmann (Nr. 37682) sind abhanden gekommen. Vor Mißbrauch wird gewarnt! Aug. Drell, Kassierer.

Briefkasten.

Oberpl. Das Gesetz kennt nur Abzug von Werbungskosten. In diesen Begriff fallen auch sogenannte Aufwandsentschädigungen. Wird nun vom Arbeitgeber ein gewisser Prozentsatz vom Lohn diesem als Entschädigung für Werkzeug zugeschlagen, dann muß, um diese Entschädigung steuerfrei, also als abzugsberechtigter, sicherzustellen, das Finanzamt seine Zustimmung dazu geben. Es werden dann die abziehenden Werbungskosten um den Werkzeugbetrag erhöht. Ein begründeter Antrag an das dortige Finanzamt regelt die Sache.

Büchberg. Solche Anrufe können im „Steinmetzberuf“ nicht aufgenommen werden. Die Folge wäre, daß die 4. Seite im Laufe der Zeit nur Sammlungs-Aufforderungen enthält. Längere Krankheit, längere Arbeitslosigkeit, Todesfälle in der Familie wiegen mindestens ebenso schwer wie der bedauerliche Verlust des betreffenden Kollegen, dem Ruh und Raib freipierte.

S. R. Dein Brief traf erst Dienstag nachmittags ein, also zu spät. Damit entbehren die sonstigen Bemerkungen und Vermutungen jeder Begründung. Das andere ist auch kein Druckfehler, sondern ein Tippfehler von Dir, der auch von mir übersehen wurde.

Walmö. 1. Wenden Sie sich mit Ihrer Frage an Carl Meyer, Steinbearbeitungs-Maschinenfabrik in Marktredwitz (Bayern). — 2. Die Frage kann im Briefkasten nicht ausführlich behandelt werden, auch hier ist ein Fachmann zu fragen. Die Vermittlung übernimmt gewiß recht gern Kollege Alfred Wenzel, Berlin SO. 16, Engelufer 15 (Steinmetz-Bureau).

Adressenänderungen.

1. Gau. Aurlach. Vorj.: Karl Emrich, Gartenstr. 2 b. II. 3. Gau. Treuen. Vorj.: Max Grohschopf, Schreiersgrün b. Treuen (Vogtland). Seebergen b. Gotha. Vorj.: Richard Bed, Wechmar bei Gotha. Kass.: Eduard Bed, Wechmar bei Gotha. Weissen II. Vorj. u. Kass.: Moritz Döring, Al. Zadel Nr. 63 d. 4. Gau. Süplingen. Kass.: Wilh. Friede. 5. Gau. Steeden a. Lahn. Vorj. u. Kass.: Hermann Freitag. 6. Gau. Eberbach (Baden). Vorj.: Karl Krauth, Leopoldsplatz. München. Kass.: August Dörner, Enhuberstraße 8 I. Gajenthal. Vorj.: Max Döfler.

Berichtungs-Anzeige.

Kein Mitglied soll fehlen.

Göttingen. Sonntag, 5. März, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus, Maschmühlenweg 12/16, Gaukonferenz vom 4. Gau. (Tagesordnung usw. in Nr. 6.)

Reichenbach. D. Sonntag, 5. März, nachmittags 3 Uhr. Frankfurt a. M. Sonntag, 5. März, im alten Stadtverordnetenjaal des Rathauses, Eingang Rimbürger Gasse, Gaukonferenz vom 3. Gau. (Tagesordnung usw. in Nr. 8.)

Anzeigen

Siegler's Schriftzeichnerei, Gießen (Hessen) Licherstraße 37 Lehr-Institut! Schriftenmuster 20 M. Feder kann Schrift zeichnen nach meiner Methode!

ARBEITSHOSEN

Prima Tuchleder, lieferbar in schwarz, weiß und silbergrau, sowie Pilot und Ia Manchesterhosen offeriert zu billigsten Preisen.

W. Hübner, Niederoderwitz i. Sa.

Tuberkulose, Scrophulose, Englische Krankheit Chronisch, Rheumatismus, Haut- u. Beinleiden

Sichtheilbehandlung

Lichtheilinstitut Dr. med. C. H. GERTSMAYER, WOLFSTEIN (Pfalz). — Tag und Nacht — Telephon 42

10—15 tüchtige Steinmetzen zu sofort. Antritt gewünscht Granitwerke Künzel & Schiedler, G.m.b.H., Schwarzenbach a. Saale.

Schriftbauer und Steinmetzen auf Muschelkalk und Sandstein werden in dauernde Arbeit gesucht. Stettiner Steinindustrie G. m. b. H., Stettin.

Zwei tüchtige Steinmetzen

auf Muschelkalkstein eingearbeitet. Hoher Lohn, dauernde Beschäftigung. Zureise wird nach 8 Tagen Arbeit vergütet. Robert Werner, Hungen (Oberhessen).

mehrere tücht. Steinmetzen

für alle vorkommenden Steinmetzarbeiten, Schriftbauer bevorzugt, auch solche, die etwas Kenntnisse in der Marmor-schleiferei besitzen. — Dauernde Stellung. — Wenn möglich Junggesellen, da Wohnungsmangel.

Gebr. Kraß, Emmerich a. Rhein Stein- und Bildhauerei — Grabmalgeschäft Mechanische Marmor- und Granitschleiferei.

Einige tücht. Steinmetzen für dauernde Beschäftig. gef. Granit- und Spenitwerke Bensheim Karl Kreuzer G. m. b. H.

8-10 Granitpflastersteinhauer gegen hohen Akkordlohn sofort gesucht. Unterakkordant mit Werkzeugschmied bevorzugt.

N. Miener, Steinbruch Löhningen, Amt Waldhut (Bad.)

Tüchtige Steinmetzen

auf Sandstein und Muschelkalk, Schriftbauer bevorzugt, stellen ein C. u. P. Quirbach, Betzdorf a. Sieg.

Stelle sofort mehrere tüchtige Steinhauer und 2 Steinbrecher bei hohem Lohn ein Hans Lauer, Sandsteinbrüche, Oerlinghausen (Lippe).

tüchtigen Schriftenhauer

für Marmor und Granit, der auch Ornamente in Sandstein, Muschelkalk usw. ausführen kann. Wegen Wohnungsmangel Ledige bevorzugt Süddeutsche Steinindustrie, Friesinger & Metzger, Hemigkofen-Nonnenbach am Bodensee.

Wir suchen für sofort in tüchtigen jüngeren Steinmetz dauernde Stellung einen auf Grabsteinarbeit, sowie einen perfekten Handschleifer für Marmor-schreibzeug usw. Angebote mit Lohnforderung erbitten J. H. Schmitz & Söhne, Steinindustrie, Gütersloh (Westf.).

BILDHAUER u. STEINMETZ

firm in allen vorkommenden Arbeiten der Grabmalbranche. selbständig u. sauber arbeitend, für sofort gesucht. Offerten erbitten an J. G. CONRAD D. ALT., Bildhauerei u. Steinmetzgeschäft, TORGAU.

3-4 tüchtige Steinmetzen auf Diabas-Granit sofort für dauernd gesucht. Heinrich Damm, Steinmetzmeister, Friedberg (Oberhessen).

GRANITSTEINMETZ

ledig, welcher auch Granit schleifen kann. für leitende Stellung per 15. März gesucht. EDUARD BUHS, OSNABRÜCK.

Ein tücht. Steinmetz u. ein Schriftbauer u. Verzierungsarbeiter auf Thürer Kalkstein und bayrischen Sandstein gesucht. Paul Wohllich, Uelzen i. Hannover.

Tüchtiger Marmorschleifer

für Rund-Schleifmaschine zu sofort gesucht. Hänsel & Grünh, Lübeck, Hüxtertor-Allee 43.

Erfahr. Maschinenschleifer auf Marm. sof. f. dauernd gef. J. Melchert, Marmorwerk, Dessau, Heidestraße 88.

1 tüchtig. jünger. Maschinen-Schleifer für Granit und Glas

1 tüchtig. jüng. Hand-Marmorschleifer in dauernde Stellung gesucht. Gebr. Bosüner, Marmor- und Granitwerk, Magdeburg Große Diesdorfer Straße 89, gegenüber dem Westfriedhof.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)

In Oberhagen am 14. Januar der Hilfsarbeiter Joh. Goldsch, 31 Jahre alt, Lungenleiden; am 19. Januar der Hilfsarbeiter Andreas Gehrmann, 37 Jahre alt, Kehlkopferkrankung.

In Hardheim am 22. Januar der Sandsteinmetz Karl Saffel, 44 Jahre alt, Nierenleiden.

In Osterode am 4. Februar der Brecher Louis Kühn, 57 Jahre alt, Grippe.

In Osterholz am 5. Februar der Sandsteinmetz Achilles Wilhelm, 41 Jahre alt, Lungenentzündung.

In Osnabrück am 10. Februar der Sandsteinmetz Emil Helbig, 58 Jahre alt, Blutsturz.

In Dresden-Bismarck am 11. Februar der Brecher Ernst Siekmann, 59 Jahre alt, Lungen-tuberkulose.

In Mannheim am 15. Februar der Sandsteinarbeiter Josef Hebler, 43 Jahre alt, Lungen-tuberkulose.

In Darmstadt am 15. Februar der Hilfsarbeiter Peter Volk, 73 Jahre alt, Grippe.

In Frankfurt a. M. am 19. Februar der Steinmetz Eberhard Schneider, 56 Jahre alt, Lungen-tuberkulose.

In Hildesheim am 23. Februar der frühere Sandsteinmetz Hugo Braun, 44 Jahre alt, Nieren- und Gehirnhautentzündung.

Gebt euren Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig. Gedruckt in der „Freien Presse“, Leipzig.